

# Unverantwortliche Angstmache von Minister Starlinger!

Verteidigungsminister General Thomas Starlinger fordert mit unverantwortlichem Alarmismus, ja mit Angstmache, bis zu 16 Milliarden Euro für das Bundesheer für die nächsten Jahre. Allein schon fast eine Milliarde Euro mehr für 2020. Er droht der Bevölkerung unverblümt mit „Schutzlosigkeit“. Das ist unverantwortlich, hat aber Methode.

Vom Bundespräsidenten abwärts wollen alle Parteien eine milliardenschwere Aufrüstung des Bundesheeres mit engster Kooperation mit der EU-„Verteidigung“, sprich EU-Militarisierung im Rahmen der EU-„Ständigen Strukturierten Zusammenarbeit“ / SSZ/PESCO. So hat am 13. November 2017, also schon nach der letzten Nationalratswahl, bereits mitten in den Koalitionsverhandlungen von ÖVP und FPÖ, noch unter Verteidigungsminister Doskozil und Kanzler Kern (beide SPÖ) der damalige ÖVP-Außenminister Kurz den EU-PESCO-Vertrag unterschrieben. FPÖ-Verteidigungsminister Kunasek hat unter der ÖVP-Kanzlerschaft von Kurz diese Politik fortgesetzt. Ein Berufsheer – von der österreichischen Bevölkerung 2013 in einer Volksbefragung abgelehnt – und enge Kooperation mit der EU und der NATO (nicht nur in der „Partnerschaft für den Frieden“) befürworte(te)n sowohl der jetzige Verteidigungsminister General Starlinger als auch Bundespräsident Van der Bellen, die Grünen und die Liste Jetzt/Pilz. Ganz offen für die direkte Eingliederung des Bundesheeres in eine EU-Armee werben die NEOS.

Die Drohung des Minister-Generals Starlinger, dass Österreichs Neutralität und Sicherheit, der Katastrophenschutz gefährdet, bedroht und nicht mehr gewährleistet sei, wenn das Heer die Milliarden nicht erhalte, soll den Weg bereiten, Österreich jetzt auch praktisch in diese EU-Militarisierung zu führen.

JA zu einem Bundesheer, das Neutralität und Katastrophenschutz sichert. Aber NEIN zu einem Bundesheer, das unter der Hand zu einer Art Berufsheer umgewandelt und die EU-Aufrüstungspläne, v.a. in Kooperation mit Deutschland oder in weitere NATO-Operationen (wie z.B. schon im Kosovo) aktiv betreibt. General Starlingers Drohung im Gewand des „unabhängigen Ministers“ und im Namen des „Neutralitätsschutzes“ ist ein riesengroßes und todesgefährliches Ablenkungsmanöver.

Denn noch so viel Aufrüstung, kann z.B. einen Terrorangriff (wie ihn Starlinger als „Grund“ nannte) nicht verhindern (siehe Drohnenangriff auf Ölfelder im hochgerüsteten Saudi-Arabien, das mit den hochgerüsteten USA verbündet ist). Im Gegenteil: Je mehr Österreichs „Verteidigungsminister“ Starlinger die Neutralität (Verfassungsgesetz!) unseres Landes durch Aufrüstung untergräbt, aushöhlt und unser Land an die EU-Militarisierung angliedert, umso eher wird Österreich zum Angriffsziel, weil wir dadurch „Partei“ und eben nicht mehr neutral sind.

Der Schutz der Neutralität beginnt bei einer Friedenspolitik, bei einer aktiven Neutralitätspolitik und nicht bei Aufrüstung des Bundesheeres für Teilnahme an EU- oder NATO-Auslandsteilnahme an Militäreinsätzen, seien sie auch noch so oft verharmlosend als „friedenssichernde Missionen“ tituliert. Keine dieser „Missionen“ hat in den vergangenen Jahren in den Gebieten wo sie im Einsatz waren echten Frieden gebracht, sondern noch mehr Militär zum „Schutz“ und „Erhalt“ des vorher durch Krieg erzwungenen neuen Status, noch mehr Gewalt, noch mehr Leid. Wäre das Geld dafür in

Soziales, Gesundheit und Bildung vor Ort investiert worden, wäre dem Frieden wirklich gedient.

Bundespräsident Van der Bellen ist schlecht beraten (worden), wenn er meint, das Bundesheer sei in einem nicht verfassungskonformen Zustand. Diese (bewusst) schwammig gehaltene Formulierung signalisiert jedenfalls: Gefahr! Dies ermutigte sehr bald nach seiner Ernennung durch den Bundespräsidenten Verteidigungsminister Starlinger zu seinen Aufrüstungs-Vorstößen. Ein bedenkliches und für Österreichs Bevölkerung gefährliches Doppelpass-Spiel mit verteilten Rollen.

Nicht das Bundesheer ist konkursreif, wie Bundesminister General Starlinger behauptet, sondern diese Art von Verteidigungspolitik. Diese Aufrüstungspolitik widerspricht total der Neutralität und dem Neutralitätsgesetz, das im Verfassungsrang steht.

Tarnen und Täuschen, Drohung und Angstmache sind typische Mittel von Militärs. Deshalb sollte auch kein Militär Verteidigungsminister sein. In einer demokratischen Republik muss die Politik im Interesse und im Auftrag der Bevölkerung handeln und das Sagen haben und nicht das Militär diktieren – weder dem Parlament, noch der Regierung, noch dem Bundespräsidenten, noch der Bevölkerung.

*Dr. Wilfried Leisch  
Politikwissenschaftler  
Berater, Journalist, Publizist*

*Sprecher der Initiative „Gewerkschafter\*innen gegen Atomenergie und Krieg“, Stiftgasse 8, 1070  
Wien [www.atomgegner.at](http://www.atomgegner.at) | [ggae@gmx.at](mailto:ggae@gmx.at) | 0650 830 7 830 | ZVR 100322133*